

## 230303 Fürth

Für die Klimabewegung steht dieses Jahr immer noch unter den Ereignissen von Lützerath, der rekordverdächtig schnell gelungenen Inbetriebnahme von zwei Flüssiggas-Terminals und der Arbeitsverweigerung unseres Bundesverkehrsminister. Kein Tempolimit, dafür aber E-Fuels und jetzt auch noch Hindernisse für die Seenotrettung von Menschen, die auch wegen des Klimawandels ihre Heimat verlassen. Große Themen, aber irgendwie auch weit weg von Fürth. Aber:

Wir haben auch in Fürth Hebel, die wir für wichtige Veränderungen benützen können: In Bayern sind in diesem Jahr Landtagswahlen.

Zunächst ist Bayern nicht irgendein Bundesland. Von der Wirtschaftskraft her kann man es vergleichen mit der Türkei, der Schweiz und Argentinien. Seit dem Ausscheiden Großbritanniens ist Bayern unter den Top 10 der wirtschaftsstärksten Regionen in der EU.

Zugleich haben wir eine Staatsregierung, die zu den transformationsunlustigsten Deutschlands gehört. Ich erinnere an folgendes:

- Bayern mag ja Sonnenland sein. Und doch gibt's Photovoltaik nur auf 4% aller Dächer, die dem Freistaat gehören
- Immer wieder betont der Ministerpräsident, dass Bayern Autoland ist und bleibt und die Straße Verkehrsträger Nummer 1 in Bayern bleibt. Soviel zur Stärkung der Schiene.
- Das 365 Euro Ticket steht im Koalitionsvertrag, wurde von Söder im Juli 2022 als Nachfolgelösung für das bundesweite 9 Euro-Ticket gefordert, in aber in Bayern immer noch nicht eingeführt.
- Die Renaturierung der Moore in staatlichem Besitz würde beim jetzigen Tempo 260 Jahre dauern.
- Die Staatsregierung hält an der Parkgebührendeckelung fest und hindert so Kommunen wie Nürnberg, Fürth und Erlangen daran, endlich Autobesitz und Autonutzung teurer machen könnten.
- Die 10-H-Regel bei der Windkraft ist aufgeweicht, aber nicht abgeschafft. Zugleich wurden in Bayern 2022 dreimal mehr Klimaaktivisten per Präventivgewahrsam ins Gefängnis gesperrt als Windräder aufgestellt.
- Bayern bekam unter der jetzigen Regierung gleich zwei Klimagesetze hintereinander. Auch das Jetzige ist zahnlos, reich an vielen Absichtserklärungen, arm an Sektorzielen, Zuständigkeiten, Zeitpfaden und Kontrollen. Und natürlich dem Ausschluss von Klagemöglichkeiten gegen alle und jede, die diese mageren Vorgaben verletzen
- Und so weiter

Zugleich, und das ist das wirklich katastrophale, steht die Partei, die an diesen Misere die Hauptschuld steht, aktuell in Meinungsfragen bei über 40%. Also, hier gibt es eine Aufgabe für uns.

Alle, die hier stehen, glauben dem Weltklimarat, wenn der in seinem letzten Sachstandsbericht darlegt, dass wir noch 3-6 Jahre Zeit haben, um Treibhausgasemissionen zum Sinken zu bringen, damit das 1,5 Grad Ziel überhaupt noch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit gerettet werden kann.

Passiert das? Nein. Stattdessen steigen die Treibhausgasemissionen weltweit weiter an und selbst das 2 Grad Ziel beginnt zu wackeln.

Die nächsten 3-6 Jahre sind nun auch die Arbeitsperiode der neuen bayerischen Staatsregierung. Wir müssen alles dransetzen, dass die bayerischen Wählerinnen und Wähler verstehen, welche

Verantwortung dieser Regierung in die Hand gelegt ist: Bei der Energiewende, Landwirtschaftswende, Verkehrswende, im Baubereich, beim Umbau der Wirtschaft.

Der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wird teuer. Aber der ehemalige CDU Generalsekretär Heiner Geisler hat einmal gesagt: Geld gibt es wie Dreck, es haben nur die falschen Leute. Selbst der Club of Rome fordert in seinem letzten Bericht „EarthForAll“, dass jene, die in den letzten Jahrzehnten Super-Geschäfte gemacht haben, jetzt zur Kasse gebeten werden müssen, um den Wandel zu bezahlen. Deshalb braucht es auch eine Wende in der Steuerpolitik gegenüber den Superreichen und Konzernen, auch hier ist der Freistaat zuständig.

Bayern hat sidann eine internationale Verpflichtung, denn das, was wir hier seit Jahrhunderten in die Luft pusten, führt heute schon anderswo zu Dürren, Fluten, Hunger und Heimatlosigkeit. Ja, Bayern hat bei der Staatskanzlei ein jährliches Budget von 10 Millionen Euro zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Das ist lobenswert. Zugleich gibt Bayern ein Vielfaches für Grenzsicherung und Abschiebungen aus. Diese Schiefelage muss korrigiert werden. Internationaler Standard ist, dass 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklung, Fluchtursachenbekämpfung und Klimawandelfolgenbekämpfung bereitgestellt werden. Das wären dann statt 10 Millionen satte 4 Milliarden Euro.

Vergessen wir schließlich nicht die bayerische Wirtschaft, die extrem exportorientiert ist und von Rohstoffimporten abhängt. Hier gilt es, die mageren Bestimmungen des geltenden Lieferkettengesetzes durchzusetzen, damit anderswo sozial gerecht und ökologisch nachhaltig produziert wird. Aber was versucht Bayern? Das Lieferkettengesetz über einen Bundesratsbeschluss auszuhebeln, um der Wirtschaft Belastungen zu ersparen. Gottseidank hat der Bundesrat das abgelehnt.

Wer so handelt, hat nicht verstanden, dass wir JETZT schon eine globale Krise haben. Je länger wir die Augen davor verschließen, umso schwieriger wird sie zu lösen sein. Bayern First ist keine Option mehr. Wir leben in einer vernetzten Welt, in der sich bestimmte Risiken eben nicht an der Grenze aufhalten lassen. Das gilt für Treibhausgase ebenso wie die Erderhitzung, Lebensmittelknappheit oder Migration.

Liebe Freundinnen und Freunde: Ein Bundesland mit derart viel Potenzial kann bei dem sozial-ökologischen Umbau viel erreichen. Nichts zählt mehr als das gute Beispiel. Und man würde sehen: DAS ist Zukunftspolitik. Es sichert unsere Lebensgrundlagen, es schafft Jobs, es hebt die Lebensqualität, und es funktioniert. Wenn Bayern hier vorangeht, werden andere folgen.

Deshalb darf es nicht bei dem heutigen Streik bleiben. Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten darauf hinarbeiten, dass die bayerischen Wählerinnen und Wähler sich nicht mehr mit dem bequemen Weiter-So abfinden, sondern am 8. Oktober Weichen für eine Regierung stimmen, der es mit diesem Wandel ernst ist.

Klar, keine der aktuellen Parteien ist derzeit ein Leuchtturm für Hoffnung. Auch die Grünen enttäuschen, nach ihrem toxischen Deal in Lützerath allemal. Aber: Demokratie ist oft eine Entscheidung für das geringste Übel und letztlich gilt, was Churchill sagte, bis heute: Demokratie ist immer noch die beste aller schlechten Regierungsformen, die man bislang ausprobiert hat.

Das hindert uns nicht, Verbesserungen einzufordern, wie einen per Los bestimmten Gesellschaftsrat. In dem per Los bestimmte BürgerInnen verpflichtende Maßnahmen ausarbeiten, mit denen Deutschland oder Bayern bis 2030 tatsächlich klimaneutral werden kann.

Machen wir deshalb nicht nur heute Lärm und Druck, sondern auch in den nächsten Monaten – das sind wir dem Globalen Süden und den kommenden Generationen schuldig.